

Sozialbericht 2020/2021 für die Kreisstadt Saarlouis

Kurzfassung

Christian Woithe, Dr. Marianne Lück-Filsinger
unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Dr. Dieter Filsinger

Saarbrücken, im Oktober 2022

Impressum

Auftraggeber

Kreisstadt Saarlouis

Durchführung

Forschungsgruppe Bildungs-, Evaluations- und Sozialstudien (ForBES) der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar)

Wissenschaftliche Leitung

Prof. Dr. Dieter Filsinger, Fakultät für Sozialwissenschaften der htw saar

Autorenschaft

Christian Woithe (M. Sc.), Dr. Marianne Lück-Filsinger

Danksagung

Wir danken der Kreisstadt Saarlouis, hier den städtischen Einrichtungen, den Beiräten und Beauftragten sowie dem Landkreis Saarlouis und den Kooperationsmaßnahmen für die äußerst freundliche und konstruktive Mitwirkung und den damit verbundenen Aufwand. Besonders danken wir unserem unmittelbaren Kooperationspartner Herrn Sozialplaner Michael Leinenbach.

Inhalt

EINFÜHRUNG	4
I.1 Statistischer Bericht (Sozialmonitoring): Entwicklungen seit 2016	5
Demographie (Stand: 2021)	7
Migration	8
Inklusion (Stand: 2021)	9
Arbeitsmarktintegration (Stand: 2021)	9
Sozialer Zusammenhalt Roden	10
Sozialer Zusammenhalt Fraulautern	12
I.2 Statistischer Bericht: Sozialräumlicher Handlungsbedarf in den Handlungsfeldern der Sozialplanung	14
II Dokumentation der Kooperationsmaßnahmen und der Maßnahmen städtischer Einrichtungen im sozialen Bereich	15
II.1 Aufgaben und Umsetzung der Dokumentation	15
II.2 Zentrale Erkenntnisse aus der Dokumentation	15
II.3 Perspektiven	18
III Handlungsempfehlungen	19

Einführung

Die Forschungsgruppe Bildungs-, Evaluations- und Sozialstudien (ForBES) legt hiermit den Sozialbericht 2020/2021 für die Kreisstadt Saarlouis vor. Die Kurzfassung ist in drei Teile gegliedert. Der *erste Teil* enthält den *statistischen Bericht (Monitoring)* als zentralen Teil der Sozialberichterstattung. In Abstimmung mit der Sozialplanung wird ein Sozialbericht über zwei Jahre vorgelegt. Es wurden überwiegend die Daten aus dem Jahr 2021 (Stichtag: 31.12.2021) einbezogen. Sofern die Daten zum Jahr 2021 noch nicht vorlagen, beziehen sich die präsentierten Daten auf das Jahr 2020 (Stichtag: 31.12.2020). Es werden überdies Vergleiche zwischen 2016 und 2020 bzw. 2021 angestellt, um über Entwicklungen Auskunft geben zu können.

Im *zweiten Teil* werden die Aufgaben, Leistungen, Handlungsbedarfe und weitere Kennzahlen von städtischen Einrichtungen und von der Stadt finanzierten Kooperationsmaßnahmen dokumentiert („*Dokumentation*“). Im *dritten Teil* werden die *Handlungsempfehlungen* dargelegt.

Die Langfassung des Sozialberichts 2020/2021 ermöglicht eine vertiefte Auseinandersetzung durch eine detaillierte Darlegung der in der Kurzfassung zusammengefassten statistischen Ergebnisse. Statistische Daten zum Programm „Sozialer Zusammenhalt“ (ehemals „Soziale Stadt“) werden eigens ausgewiesen, finden sich jedoch auch in allen Datensätzen des Monitorings. Dem Sozialbericht beigefügt ist ein separater *Methodenbericht*, in dem die methodischen Grundlagen der Sozialberichterstattung dargelegt sind.

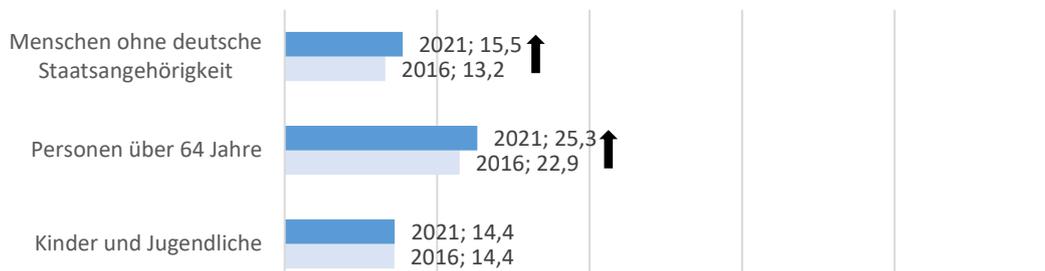
I.1 Statistischer Bericht (Sozialmonitoring): Entwicklungen seit 2016

Der vorliegende Bericht stellt mithilfe des Monitorings einen Überblick über die Lebenslagen im Jahr 2021 und 2020 und deren Entwicklung seit Ende 2019 in der Kreisstadt Saarlouis dar. Das dargestellte Monitoring gibt hierzu eine bildliche und vergleichende, statistische Übersicht aller Sozialräume entlang der definierten und mit der Sozialplanung abgestimmten Indikatoren. Das Monitoring bezieht sich auf die Gesamtstadt nach Sozialräumen aber auch auf die Gebiete des Programms „Sozialer Zusammenhalt“, die sich durch die Sozialräume abbilden lassen.

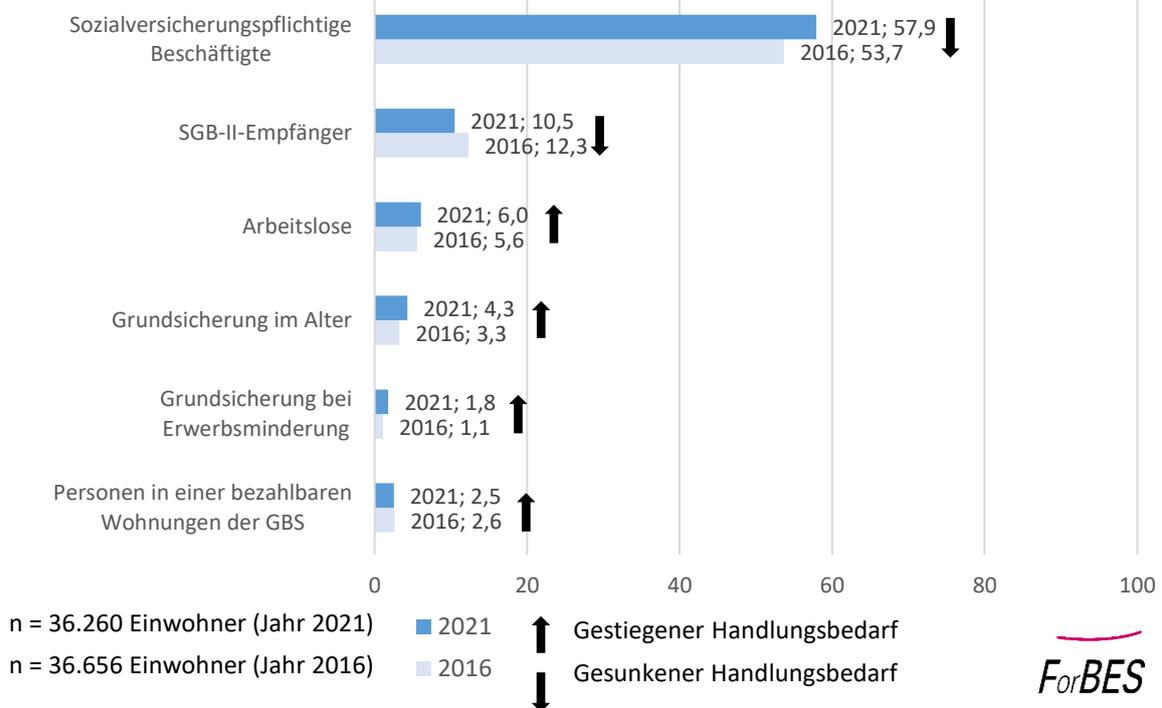
Die Produktivität von Monitorings besteht darin, dass durch die Standardisierung und Regelmäßigkeit der Datenerhebung Entwicklungen (über einen längeren Zeitraum) wahrgenommen werden können. Im Folgenden werden Daten zu den Jahren 2021 (bzw. zu 2020 falls Daten noch nicht verfügbar sind) dargelegt und Entwicklungen in zentralen Feldern seit 2016 (1. Sozialbericht) bis 2021 beschrieben (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklungen 2016 bis 2021 (alle Angaben in %)

Bevölkerung und Altersstruktur



Lebenslagen (Handlungsfelder Arbeitsmarkt, Existenzsicherung und Wohnen)



* Auf Daten zur Kinder- und Jugendhilfe konnte 2016 noch nicht zurückgegriffen werden. Daten zur Grundsicherung für 2021 lagen noch nicht vor. Dargestellt sind hier bei Grundsicherung die Daten von 2020.

Quelle: Bürgerbüro Saarlouis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Kreissozialamt Saarlouis, GBS Saarlouis.

Demographie (Stand: 2021)

In Saarlouis wohnen insgesamt rund 36.300 Menschen. Die *Einwohnerzahl* ist infolge des demographischen Wandels um fast 400 Einwohner gesunken. Ohne Zuwanderung würde die Einwohnerzahl deutlicher sinken. Am deutlichsten ist die Einwohnerzahl in den Stadtteilen Roden, Lisdorf und Steinrausch um etwas mehr als 100 Personen gesunken. In Beaumarais (+ 76) und Neuforweiler (+ 19) ist die Einwohnerzahl hingegen gestiegen.

Die *demographische Alterung* ist im Saarland und in der Kreisstadt Saarlouis vorangeschritten. Jede vierte Person in Saarlouis ist älter als 64 Jahre. Der *Seniorenanteil* liegt in Saarlouis rund zwei Prozentpunkte über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Rund jede dritte Person in den Sozialräumen Innenstadt 1, Steinrausch und Beaumarais Siedlungen ist älter als 64 Jahre. Relativ die wenigstens älteren Menschen wohnen in Roden in den Sozialräumen Ortskern, Röderberg (unter 20 %) sowie in Roden Nord und Lisdorf Ortskern (jeweils 21 %).

Die Bevölkerung ist im Durchschnitt seit 2016 älter geworden. Der Seniorenanteil ist in der Kreisstadt Saarlouis von 23 Prozent (2016) auf 25 Prozent (2021) gestiegen. Seit 2016 ist der Seniorenanteil vor allem im Stadtteil Picard von 21 Prozent (2016) auf 26 Prozent (2021) gestiegen. Gesunken ist der Seniorenanteil hingegen nur geringfügig im Stadtteil Neuforweiler von 26,4 Prozent (2016) auf 26,4 Prozent (2021).

14 Prozent der Bevölkerung sind in der Kreisstadt *Kinder und Jugendliche* unter 18 Jahren. Vor allem in Sozialräumen im Norden von Saarlouis (Roden, Steinrausch, Fraulautern) und in Lisdorf wohnen prozentual mehr Kinder und Jugendliche. 17 Prozent und mehr Kinder und Jugendliche wohnen in Roden im Ortskern, Bahnhof und Oberhöllen und in Fraulautern Siedlung Süd. Relativ die wenigsten Kinder und Jugendlichen wohnen in Innenstadt 1 und 2 sowie in Fraulautern Hülzweilerstraße mit Werten zwischen 9 und 12 Prozent.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist seit 2016 nahezu unverändert. Deutlich gesunken ist dieser nur im Stadtteil Picard (- 1,9 Prozentpunkte). Im Stadtteil Steinrausch ist dieser hingegen am deutlichsten gestiegen (+ 0,7 Prozentpunkte).

Migration

Hier ist mehrheitlich zu berücksichtigen, dass aufgrund der begrenzten Datenverfügbarkeit) nur ein Teil der Personen mit Migrationshintergrund erfasst wird, nämlich derjenigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Ausländeranteil (Stand: 2021)

Bedingt durch Zuwanderung ist der Ausländeranteil von Saarlouis gestiegen. Der Ausländeranteil ist von 13,2 Prozent (2016) auf 15,4 Prozent (2020) gestiegen. Schätzungsweise rund 30 Prozent der Bevölkerung haben nach Auswertungen des Bürgerbüro Saarlouis von 2019 einen Migrationshintergrund.

Am höchsten ist der Ausländeranteil in den Stadtteilen Roden (21 %), Fraulautern (17 %), Innenstadt und Lisdorf (jeweils 15 %). Niedrig ist der Anteil mit jeweils 7 Prozent in Picard und Neuforweiler.

Mit Abstand am höchsten ist der Ausländeranteil in den Sozialräumen Roden Bahnhof (33 %), Innenstadt 2 (29 %) sowie den Ortskernen von Fraulautern Ortskern und Roden Ortskern (jeweils 25 %).

Mit Werten von 7 Prozent und geringer ist der Wert am niedrigsten im Sozialraum Steinrausch, Saarlouis Gartenreihen, Picard und Neuforweiler.

Seit 2016 ist der Ausländeranteil deutlicher in den Stadtteilen Roden, Fraulautern und Beaumarais um jeweils 3 Prozentpunkte gestiegen. Gesunken ist der Wert hingegen nur in Neuforweiler um einen Prozentpunkt.

Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung (Stand: 2021)

Die ausländische Bevölkerung ist in Saarlouis im Durchschnitt jünger als die deutsche Bevölkerung. Dies ist vor allem auf einen niedrigen Seniorenanteil bei der ausländischen Bevölkerung zurückzuführen (11 % vs. 25 % bei der Gesamtbevölkerung). In Saarlouis wohnen prozentual mehr ausländische Kinder und Jugendliche (17 %) als ausländische Menschen über 64 Jahre (11 %).

Absolut wohnen die meisten Kinder und Jugendlichen und Senior*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den Ortskernen von Fraulautern und Roden, d. in Sozialräumen der Gebiete des „Sozialen Zusammenhalts“.

Arbeitslosigkeit von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Stand: 2021)

Der Arbeitslosenanteil der ausländischen 18- bis 64-Jährigen in Saarlouis liegt mit rund 11 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der Arbeitslosenanteil der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (5 %). Die meisten Arbeitslosen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wohnen im Stadtteil Roden (12 %). In der Innenstadt und Lisdorf ist die ausländerspezifische Arbeitslosigkeit durchschnittlich (11 %). In Steinrausch und Fraulautern liegt der Wert mit 10 Prozent leicht unter dem städtischen Durchschnitt. Am wenigsten wohnen in Beaumarais, Picard und Neuforweiler (unter 6 %).

Die meisten arbeitslosen Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wohnen in den Sozialräumen Lisdorf Siedlungen (20 %), Roden Bahnhof (15 %), Vogelsang und Roden Siedlung (jeweils 14 %). Am niedrigsten ist der Wert in Sozialräumen mit einer insgesamt niedrigen Arbeitslosenquote wie Steinrausch (2 %), Gartenreihen und Roden Nord (jeweils 3 %).

Grundsicherung im Alter bei Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (Stand: 2020)

Grundsicherung im Alter ist eine bedarfsorientierte Sozialleistung und hat zum Ziel, älteren Menschen eine Möglichkeit zu geben, ihre Hilfebedürftigkeit zu überwinden. Der Indikator ist ein Hinweis auf prekäre Lebenslagen älterer Personen ab 64 Jahren.

In der Stadt Saarlouis beziehen nach den Daten des Kreissozialamtes 4,4 der relevanten Altersgruppe Grundsicherung im Alter (393 Personen). Ausländische Personen sind drei Mal so häufig auf Grundsicherungsleistungen angewiesen (14,7 %).

Aufgrund der eher jüngeren Bevölkerungsstruktur der ausländischen Bevölkerung, liegt die Anzahl der ausländischen Personen, die in der Stadt Grundsicherungsleistungen im Alter erhalten, noch unter 100 Personen, was für eine Darstellung auf Ebene der Sozialräume zu niedrig ist.

Inklusion (Stand: 2021)

Ziel von Inklusion ist es, dass sich die Gesellschaft gegenüber Menschen mit Behinderung öffnet und entsprechende Voraussetzungen zur Teilhabe ermöglicht. Gelingensbedingungen für Inklusion sind hier u. a. die Umsetzung der Barrierefreiheit oder die Ermöglichung einer selbstbestimmten Teilhabe.

In der Kreisstadt Saarlouis wohnen insgesamt 4.798 Menschen mit einer Schwerbehinderung. Als schwerbehindert zählen hier alle Personen mit einem Grad der Behinderung von 50 oder höher.

Der Anteil der Menschen mit einer Schwerbehinderung an der Gesamtbevölkerung in der Kreisstadt Saarlouis wird seit 2019 im Monitoring dargestellt und ist von 12,2 Prozent (2019) auf 13,2 Prozent (2021) angestiegen. Für die Stadtteile sind die Informationen (derzeit) nicht verfügbar.

Arbeitsmarktintegration (Stand: 2021)

Infolge der Corona-Pandemie ist die Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent (2016) auf 6,0 Prozent (2021) gestiegen. Die meisten Arbeitslosen wohnen vor allem in den Sozialräumen des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ Roden (zwischen 7 und 16 %) aber auch in der Innenstadt 2 (8 %). Sehr niedrig und bis zu 3 Prozent ist der Arbeitslosenanteil hingegen in den Sozialräumen Picard, Neuforweiler, Saarlouis Gartenreihen, Steinrausch und Beaumarais Siedlung.

Die SGB-II-Quote ist hingegen von 12,3 Prozent (2016) auf 10,5 Prozent (2021) gesunken. Auch hier sind die Quoten vor allem in den Sozialräumen des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ in den Sozialräumen Ortskern, Bahnhof und Röderberg mit Werten zwischen 15 und 32 Prozent am höchsten. Am niedrigsten unter 3 Prozent ist die SGB-II-Quote in den Sozialräumen Picard, Neuforweiler, Saarlouis Gartenreihen, Steinrausch und Beaumarais Siedlung.

Mehr Menschen gehen in der Kreisstadt einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Der Anteil ist von 53,7 Prozent (2016) auf 57,9 Prozent (2021) gestiegen. Am höchsten und über 63 Prozent ist der Anteil in den Sozialräumen Roden Nord, Fraulautern Hülzweilerstraße, Lisdorf Siedlungen und Neuforweiler. Am niedrigsten unter 54 Prozent ist der Wert in Saarlouis Gartenreihen, Roden Bahnhof und Beaumarais Siedlung.

Sozialer Zusammenhalt Roden

Das Gebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ Roden wird abgebildet durch die Sozialräume Ortskern, Bahnhof, Röderberg und Oberhöllen. Zusammengefasst hat das Gebiet eine für Saarlouis relativ junge Bevölkerungsstruktur und einen erhöhten Handlungsbedarf in den Handlungsfeldern Arbeitsmarktintegration (Stand: 2021) und Existenzsicherung (Stand 2020).

Demographie (Bevölkerung und Altersstruktur) (Stand: 2021)

Insgesamt wohnen im Gebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ Roden rund 6.400 Personen. Die Sozialräume des Gebiets haben eine für Saarlouis *relativ junge Bevölkerungsstruktur*. Der *Anteil der Kinder und Jugendlichen* liegt in den Sozialräumen zwischen 16 Prozent (in Röderberg) und 19 Prozent (in Bahnhof) deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 14,4 Prozent (2021). 2016 lagen die Werte auf einem ähnlichen Niveau zwischen 16 und 18 Prozent.

Der *Seniorenanteil* liegt mit Werten zwischen 19 Prozent (im Ortskern und Röderberg) und 23 Prozent (in Bahnhof) deutlich unter dem städtischen Durchschnitt von 25 Prozent (2021). 2016 war der Seniorenanteil in den Sozialräumen mit Werten zwischen 18 und 21 Prozent etwas niedriger.

Der *Ausländeranteil* beträgt in den Sozialräumen zwischen 20 Prozent (in Oberhöllen) und 33 Prozent (in Bahnhof) und liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 25 Prozent. 2016 war der Ausländeranteil in den Sozialräumen mit Werten zwischen 16 und 29 Prozent niedriger.

Arbeitsmarktintegration (Stand: 2021)

Das Gebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ Fraulautern hat einen erhöhten arbeitsmarktspezifischen Handlungsbedarf.

Die *Arbeitslosenquote* liegt mit Werten zwischen 8 Prozent (in Röderberg und Oberhöllen) und 16 Prozent (in Bahnhof) sehr deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 6 Prozent. 2016 lagen die Werte zwischen 5 und 15 Prozent geringfügig niedriger.

Auch die *SGB-II-Quote* liegt mit Werten zwischen 13 Prozent (in Oberhöllen) und 32 Prozent (in Bahnhof) deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 11 Prozent. Im Vergleich zu 2016 ist die SGB-II-Quote hier gesunken (Werte zwischen 14 und 37 Prozent).

Der Anteil der *sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse* liegt in den Sozialräumen zwischen 48,3 Prozent (in Bahnhof) und 57,5 (in Oberhöllen) unter dem städtischen Durchschnitt von 58 Prozent. In Röderberg gibt es mit 60 Prozent hingegen mehr sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse als im städtischen Durchschnitt. Im Jahr 2016 gab es mit Werten zwischen 42 und 54 Prozent deutlich weniger sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse als im Jahr 2021.

Die Kinder- und Jugendarmut ist in dem Gebiet mit Werten zwischen 19 Prozent (in Oberhöllen) und 39 Prozent (in Bahnhof) sehr deutlich ausgeprägt (städtischer Durchschnitt: 18 Prozent). 2016 lagen hier nur Daten zur Kinderarmut, jedoch nicht zur Jugendarmut vor. Die Werte lagen hier mit Werten zwischen 19 und 46 Prozent deutlich höher.

Existenzsicherung (Stand: 2020)

Grundsicherung im Alter beziehen in der Kreisstadt Saarlouis im Durchschnitt 4,3 Prozent der über 64-jährigen Bevölkerung. Vor allem in Roden Bahnhof ist der Wert mit 17 Prozent deutlich erhöht. Auch erhöht sind die Werte im Ortskern (8 %) und Röderberg (7 %). In Oberhöllen ist der Bezug von Grundsicherungsleistungen durchschnittlich. Im Jahr 2016 war der Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter in der Kreisstadt (3,3 Prozent) aber auch in den Sozialräumen des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ Roden mit Werten zwischen 2 und 12 Prozent geringer.

Grundsicherung bei Erwerbsminderung wird Personen gewährt, die nicht erwerbsfähig sind und deren Einkünfte nicht für den Lebensunterhalt reichen und auf finanzielle Hilfe angewiesen sind. In Saarlouis erhalten 1,8 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung (18 bis 64 Jahre) diese Leistung. Im Gebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ Roden ist der Wert vor allem im Sozialraum Bahnhof (5 %) und im Ortskern (3 %) erhöht. In Röderberg und Oberhöllen ist der Wert durchschnittlich. Im Jahr 2016 war die Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen bei Erwerbsminderung in der Kreisstadt (1,1 %) und im Programmgebiet (Werte zwischen 1,2 und 2,8 Prozent) deutlich niedriger ausgeprägt.

Kinder- und Jugendhilfe (Stand: 2021)

Sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31 SGB VIII erhalten in Saarlouis ein Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 21 Jahren. Der Wert ist in allen Sozialräumen des Programms mit Werten zwischen 1,2 und 1,8 Prozent erhöht.

Hilfen zur Erziehung nach § 34/35 SGB VIII erhalten in Saarlouis durchschnittlich 0,8 Prozent aller Kinder und Jugendlichen. Auch hier ist in allen Sozialräumen ein höherer Bedarf festzustellen (Werte zwischen 1,5 und 2,1).

Inobhutnahmen durch das Jugendamt nach § 42 SGB VIII sind hingegen nur in Röderberg (1,6 %) deutlich erhöht. In den weiteren Sozialräumen liegen die Werte unter dem städtischen Durchschnitt von 0,6 Prozent.

Bei den oben beschriebenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gibt es im Gebiet des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ Roden insgesamt 45 Fälle. Die Mehrheit der Fälle (29 Fälle) liefen im Jahr 2022 noch weiter, 16 wurden hingegen im Jahr 2021 beendet.

Auf Daten zur Kinder- und Jugendhilfe konnte 2016 zum Vergleich noch nicht zurückgegriffen werden.

Wohnen (Stand: 2021)

Die Anzahl der Wohnungen der GBS Saarlouis (Gemeinnützige Bau- und Siedlungs-GmbH Saarlouis) ist eine wichtige Kennziffer im Hinblick auf den bezahlbaren Wohnbedarf für einkommensschwache Personen, die auf dem normalen Wohnungsmarkt nur geringe bzw. keine Chancen haben.

Im städtischen Durchschnitt wohnen 2,5 Prozent der Bevölkerung in einer Mietwohnung der GBS. Im Sozialraum Roden Bahnhof (18,5 %) ist der Bestand an bezahlbaren Wohnraum sehr hoch. In den weiteren Sozialräumen des Gebiets ist der Bestand hingegen gering oder (fast) nicht vorhanden. Im Vergleich zum Jahr 2016 hat sich der Wohnungsbestand nicht deutlich verändert.

Sozialer Zusammenhalt Fraulautern

Das Gebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ Fraulautern wird abgebildet durch den Sozialraum Fraulautern Ortskern. Zusammengefasst hat das Gebiet eine für Saarlouis relativ junge Bevölkerungsstruktur und einen erhöhten Handlungsbedarf in den Handlungsfeldern Arbeitsmarktintegration (Stand: 2021) und Existenzsicherung (Stand: 2020), der jedoch niedriger deutlich ausgeprägt ist als im Gebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ Roden.

Zur weiteren konkreten Planung ist es empfehlenswert, auch die umliegenden Sozialräume zu berücksichtigen.

Demographie (Bevölkerung und Altersstruktur) (Stand: 2021)

Im Ortskern von Fraulautern wohnen 3.176 Personen. Der Ortskern von Fraulautern hat eine für Saarlouis *relativ junge Bevölkerungsstruktur*. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist von 16 Prozent (2016) auf 15,7 Prozent (2021) gesunken. Der Anteil ist höher als der städtische Durchschnitt von (14,4 %).

Der Seniorenanteil ist von 20,1 Prozent (2016) auf 21,6 Prozent (2021) gestiegen. Dennoch liegt der Anteil hier unter dem städtischen Durchschnitt von 25 Prozent.

Beim Ausländeranteil ist ein Anstieg von 21,7 Prozent (2016) auf 25,0 Prozent (2021) zu verzeichnen. Der Wert liegt deutlich höher als der städtische Durchschnitt von 15 Prozent.

Arbeitsmarktintegration (Stand: 2021)

Das Gebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ Fraulautern hat einen erhöhten arbeitsmarktspezifischen Handlungsbedarf. Der *Arbeitslosenanteil* ist von rund 6 Prozent (2016) auf 7 Prozent (2021) gestiegen und liegt geringfügig über dem städtischen Durchschnitt von 6 Prozent.

Die *SGB-II-Quote* ist von 17 Prozent (2016) hingegen auf 16 Prozent (2021) gesunken und liegt höher als der städtische Durchschnitt von 11 Prozent.

Der Anteil der *sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse* liegt in dem Gebiet mit 56 nahe städtischen Durchschnitt von 57 Prozent.

Auch die *Kinder- und Jugendarmut* ist im Ortskern von Fraulautern stärker ausgeprägt. Der Anteil, der Kinder und Jugendlichen, die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, beträgt 26 Prozent. Der städtische Durchschnitt beträgt hingegen nur 20 Prozent.

Existenzsicherung (Stand: 2020)

Das Gebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ Fraulautern hat einen leicht erhöhten Handlungsbedarf bei Grundsicherung im Alter, jedoch durchschnittliche Werte bei Grundsicherung bei Erwerbsminderung und finanzielle Unterstützung bei Heimpflege.

Der Bezug von *Grundsicherungsleistungen im Alter* der über 64-jährigen Bevölkerung ist von 4,4 (2016) auf 4,9 Prozent (2020) leicht gestiegen. Der Wert liegt hier etwas über dem städtischen Durchschnitt von 4,4 Prozent.

Grundsicherung bei Erwerbsminderung wird Personen gewährt, die nicht erwerbsfähig sind und deren Einkünfte nicht für den Lebensunterhalt reichen und auf finanzielle Hilfe angewiesen sind. Der Wert ist hier von 1,0 Prozent (2016) auf 1,6 (2020) gestiegen. Dennoch liegt der Wert hier geringfügig unter dem städtischen Durchschnitt von 1,8 Prozent.

Kinder- und Jugendhilfe (Stand: 2021)

Sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31 SGB VIII werden im Gebiet mit einem Prozent durchschnittlich in Anspruch genommen. *Hilfen zur Erziehung* nach § 34/35 SGB VIII sind mit 1,6 Prozent hingegen überdurchschnittlich ausgeprägt (städtischer Durchschnitt: 0,8 Prozent).

Sehr deutlich ausgeprägt sind in Fraulautern Ortskern die *Inobhutnahmen* durch das Jugendamt nach § 42 SGB VIII. *Inobhutnahmen* durch das Jugendamt sind berechtigt, wenn das Kind oder der Jugendliche um Obhut bittet, eine akute Gefährdung die Inobhutnahme erfordert oder ein Kind oder ein Jugendlicher unbegleitet nach Deutschland kommt und sich noch keine Erziehungsberechtigten im Inland aufhalten. Der Wert liegt in Fraulautern Ortskern (2,6 %) sehr deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 0,6 Prozent.

Bei den beschriebenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gibt es im Gebiet des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ Fraulautern insgesamt 27 Fälle. Ungefähr die Hälfte aller Fälle wurde im Jahr 2021 beendet. Die weiteren Fälle liefen im Jahr 2022 weiter.

Auf Daten zur Kinder- und Jugendhilfe konnte 2016 zum Vergleich noch nicht zurückgegriffen werden.

Wohnen (Stand: 2021)

Die Anzahl der Wohnungen der GBS Saarlouis (Gemeinnützige Bau- und Siedlungs-GmbH Saarlouis) ist eine wichtige Kennziffer im Hinblick auf den bezahlbaren Wohnbedarf für einkommensschwache Personen, die auf dem normalen Wohnungsmarkt nur geringe bzw. keine Chancen haben. Im städtischen Durchschnitt wohnen 2,5 Prozent der Bevölkerung in einer Mietwohnung der GBS. Im Gebiet des „Sozialen Zusammenhalts“ Fraulautern ist der Bestand gering (0,1 %). Im Vergleich zum Jahr 2016 hat sich der Wohnungsbestand nicht deutlich verändert.

I.2 Statistischer Bericht: Sozialräumlicher Handlungsbedarf in den Handlungsfeldern der Sozialplanung

Die Ergebnisse des Monitorings geben Hinweise darauf, in welchen Sozialräumen Handlungsbedarfe bestehen. Die Gesamtbewertung des Handlungsbedarfes erfolgt an dieser Stelle auf Basis der Gesamtheit der Indikatoren in den Handlungsfeldern Arbeitsmarkt, Existenzsicherung und Kinder- und Jugendhilfe (Bildung und Erziehung). Für das Handlungsfeld Wohnen sind noch weitere Daten notwendig (z. B. die Anzahl der Wohnungssuchenden), um hier eine entsprechende sozialräumliche Bewertung vornehmen zu können. Für spezifische Planungen von altersspezifischen Angeboten sind ferner die Daten der Bevölkerungs- und Altersstruktur zu beachten.

In den Sozialräumen des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ in Roden und Fraulautern aber auch in der Innenstadt befinden sich einige Sozialräume, die in mehreren Handlungsfeldern erhöhte Handlungsbedarfe aufweisen (hervorgehoben in Abb. 2). Es ist zu beachten, dass sich der Handlungsbedarf zwischen Sozialräumen mit erhöhtem Handlungsbedarf zum Teil deutlich unterscheidet. In Roden Nord ist der Handlungsbedarf im Handlungsfeld Existenzsicherung zurückgegangen, sodass der Sozialraum in der nachfolgenden Darstellung nicht mehr aufgeführt wird.

Abbildung 2: Erhöhter Handlungsbedarf in mehreren Handlungsfeldern der Sozialplanung (grau markiert)

Stadtteil	Sozialraum	Arbeitsmarkt (2021)	Existenzsicherung (2020)	Kinder- und Jugendhilfe (2021)
Roden (Sozialer Zusammenhalt)	<i>Ortskern</i>			
	<i>Bahnhof</i>			
	<i>Röderberg</i>			
	<i>Oberhöllen</i>			
Fraulautern	<i>Ortskern (Soz. Zusammenhalt)</i>			
Steinrausch	Steinrausch Mitte			
Innenstadt	Innenstadt 1			
	<i>Innenstadt 2</i>			

* Sozialräume mit einem Ausländeranteil über 15 Prozent sind *kursiv* markiert.

Quelle: ForBES.

Sozialräume mit erhöhtem Handlungsbedarf in nur einem Handlungsfeld der Sozialplanung

Ferner haben weitere Sozialräume in nur einem Handlungsfeld einen erhöhten Handlungsbedarf und zwar folgende Sozialräume in folgenden Handlungsfeldern:

- Existenzsicherung: Innenstadt 1, Saarlouis Vogelsang und Beaumarais Ost,
- Kinder- und Jugendhilfe: Fraulautern Hülzweilerstraße, Roden Nord und Siedlung.

Sozialräume mit insgesamt niedrigem Handlungsbedarf in allen Handlungsfeldern

In mehreren Sozialräumen zeigt sich insgesamt ein relativ niedriger Handlungsbedarf. Den niedrigsten Handlungsbedarf in den oben genannten Handlungsfeldern haben insgesamt Steinrausch Siedlung, Saarlouis Gartenreihen und Picard. Diese Sozialräume haben gleichzeitig auch eine überdurchschnittlich alte Bevölkerungsstruktur. Insgesamt ist deshalb zu beobachten, in welchen Sozialräumen verstärkt Herausforderungen im Rahmen des demographischen Wandels zu erwarten sind.

II Dokumentation der Kooperationsmaßnahmen und der Maßnahmen-städtischer Einrichtungen im sozialen Bereich

II.1 Aufgaben und Umsetzung der Dokumentation

Das Monitoring liefert zentrale Daten zu den Lebenslagen in der Kreisstadt Saarlouis. Mit dem Aufbau eines Dokumentationssystems wird die regelmäßige Berichterstattung um eine Erhebung und Analyse der Angebote, Leistungen, Problemlagen und Handlungsbedarfe im sozialen Bereich erweitert. Einbezogen sind die von der Kreisstadt finanziell geförderten Kooperationsmaßnahmen sowie neuerdings die Maßnahmen städtischer Ämter und Einrichtungen. Mit den gewonnenen Daten können die Grundlagen für kommunalpolitische Entscheidungen verbreitert werden.

Um eine systematische, datengestützte und vergleichende Dokumentation zu ermöglichen wurde in Abstimmung mit der Stabsstelle Sozialplanung der bisherige Dokumentationsbogen von der Forschungsgruppe ForBES konzeptionell weiterentwickelt, in ein onlinegestütztes Format (LimeSurvey) überführt und im Rahmen einer *Pilotphase* (Erhebung für das Jahr 2020) erprobt.

Realisiert wurde diese Aufgabe durch zwei getrennte Erhebungen. Mit der Einbeziehung der Ämter und Einrichtungen der Stadt, konnte die Perspektive der Fachämter, aber auch der Beiräte, Beauftragten und weiterer Akteure, wie etwa der mobilen Jugendarbeit, in die Analyse miteinbezogen werden. Der weitgehend standardisierte Erhebungsbogen ruft die in den adressierten Ämtern, Einrichtungen und Maßnahmen vorhandenen quantitativen Daten entlang von Indikatoren ab (z. B. personelle Ausstattung, Nutzung von Angeboten), fragt aber auch in qualitativer Perspektive nach Einschätzungen der jeweils verantwortlichen, zumeist professionellen Akteure (z. B. zum Bedarf, zu den Wirkungen). Beide Erhebungen waren wie folgt strukturiert: (1) Handlungsfeld/er der Einrichtung und Maßnahmen; (2) Personalausstattung; (3) Finanzierung des Angebots; (4) Nutzer*innen; (5) Zielerreichung und (6) Erfassung von Handlungsbedarfen. Die Langfassung dokumentiert detailliert die Ergebnisse sind in der Langfassung des Sozialberichts dokumentiert.

II.2 Zentrale Erkenntnisse aus der Dokumentation

Die *Beteiligung* an den Erhebungen ist insgesamt betrachtet recht zufriedenstellend, jedoch noch ausbaubedürftig und ausbaufähig. Zwei Kooperationsmaßnahmen und drei städtische Einrichtungen haben die Dokumentation 2020 nicht bearbeitet. Hinsichtlich einiger Fragestellungen sind Datenlücken erkennbar, die nach Auswertung der Pilotphase durch eine Verbesserung des Erhebungsinstruments sowie durch entsprechende Maßnahmen zur Datendokumentation bei künftigen Erhebungen geschlossen werden können. In der Datenanalyse sind Tendenzen zu erkennen, die die folgenden Kernaussagen erlauben. Zu berücksichtigen ist die Tatsache, dass die untersuchten Maßnahmen in Zeiten der Pandemie realisiert werden mussten, ein Umstand, der auch die Dokumentation beeinflusste und somit in der Interpretation in Rechnung zu stellen ist.

Dokumentation zu den Kooperationsmaßnahmen (N = 12)

Ein Blick auf die von der Sozialplanung definierten *Handlungsfelder* zeigt einen Schwerpunkt auf ‚Bildung und Erziehung‘ und ‚Partizipation und Vernetzung‘.

Das *Personal* zur Durchführung der geförderten besteht überwiegend aus sozialversicherungspflichtigen Personen (über 80%, ein Drittel Fachpersonal), wobei der Anteil des Personals *mit Migrationshintergrund* bzw. mit Schwerbehinderung sehr gering ausfällt.

Die *Finanzierung* der Maßnahmen folgt folgendem Muster: ein Teil der Maßnahmen arbeitet überwiegend mit von der Kreisstadt zur Verfügung gestellten Mitteln; für andere Maßnahmen stellen die städtischen Mittel eine Ergänzung dar. Für Letztere gilt aber, dass die meisten Maßnahmen ohne die ergänzenden Mittel nicht realisiert werden könnten. Bemerkenswert ist die ausgesprochene geringe Nutzung des Familien- und Sozialpasses.

Die *Zielgruppen* und die *Struktur der Nutzer*innen* weisen erwartungsgemäß eine hohe Varianz auf. Kinder und Jugendliche bilden einen Schwerpunkt (etwa zwei Drittel der Nutzer*innen). Mehrheitlich werden weibliche Nutzer adressiert bzw. erreicht. Der Anteil der Nutzer*innen mit Migrationshintergrund wird nur in wenigen Maßnahmen erfasst. Dort wo dies der Fall ist, werden insgesamt Werte erreicht, die dem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der städtischen Bevölkerung entsprechen.

Entwicklungsbedürftig, aber auch entwicklungsfähig ist die Dokumentation hinsichtlich der *Zielerreichung*. Nur in wenigen Fällen sind *wirkungsorientierte Ziele* – als Voraussetzung für eine Erhebung und Bewertung der Zielerreichung bzw. für eine Wirkungsabschätzung – formuliert worden. Gleichwohl liegen deskriptive Daten zu den Leistungen der Kooperationsmaßnahmen (differenziert nach Zielgruppe und Handlungsfeldern) vor, die Öffnungstage und Nutzer*innen pro Tag ausweisen und Hinweise zu Erfolgsfaktoren und Hindernissen in der Zielerreichung geben.

Die Heterogenität der Maßnahmen lässt eine Quantifizierung wenig sinnvoll erscheinen, wohl aber eine fallbezogene qualitative Analyse.

Lösungsansätze zur besseren Zielerreichung werden ausdrücklich benannt. Ein deutlicher *Handlungsbedarf* wird insbesondere im Hinblick auf räumliche, finanzielle und personelle Ressourcen sowie auf die Förderung von ‚Inklusion‘ formuliert, ein leichter Handlungsbedarf im Feld von ‚Kooperation und Vernetzung‘ sowie in Bezug auf die Folgen der Pandemie.

Die Angaben zu den ‚*Lebenslagen der Teilnehmenden*‘ fallen insgesamt bescheiden aus. Die Gründe sind noch genauer zu eruieren.

Dokumentation zu den städtischen Einrichtungen (N = 20)

Im Hinblick auf die Verortung der *Handlungsfelder* ist eine Tendenz in den Handlungsfeldern ‚Bildung und Erziehung‘ und in ‚Partizipation und Vernetzung‘ und in der Querschnittsaufgabe ‚Integration‘ erkennbar. Entsprechend der Heterogenität der Angebote/Maßnahmen der untersuchten Einrichtungen werden eine Vielzahl von spezifischen Tätigkeiten benannt, deren Quantifizierung nicht sinnvoll erscheint, aber unter qualitativen Gesichtspunkten interessant erscheinen.

Erwartungsgemäß ist das *Personal* fast ausschließlich sozialversicherungspflichtig beschäftigt (bzw. im Beamtenstatus). Frauen sind unter den Mitarbeitenden in einer deutlichen Mehrheit. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund ist sehr bescheiden; lediglich in zwei Fällen liegt der Anteil zwischen 40 und 50 Prozent. Der Anteil von Menschen mit Behinderung ist insgesamt niedrig.

Die *Finanzierung* der Angebote erfolgt ebenso erwartungsgemäß aus dem städtischen Haushalt bzw. durch weitere öffentliche Mittel. Der Familien- und Sozialpass wird nur von drei (von 20) Einrichtungen genutzt.

Die *Zielgruppen* und die *Struktur der Nutzer*innen* weisen nicht unerwartet eine hohe Varianz auf. 16 von 20 Einrichtungen adressieren Personen. Einige Einrichtungen adressieren (auch) Vereine, Netzwerke oder Institutionen (z. B. Schulen). Die Mehrheit der Angebote wird zu gleichen Teilen von unter

18-jährigen und 18- bis 64-jährigen genutzt. Aber immerhin drei Angebote werden auch bzw. überwiegend von Personen über 64 Jahre in Anspruch genommen. Hinzuweisen ist auf den Sachverhalt, dass die Angebote auch von Nachbargemeinden wahrgenommen werden. Daten zur Geschlechterverteilung sowie zum Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund werden nur wenigen Einrichtungen dokumentiert. Soweit Angaben vorliegen, wird der Anteil von weiblichen und männlichen Nutzer*innen ähnlich hoch eingeschätzt. Wichtig erscheint eine Einzelfallbetrachtung. In der mobilen Jugendarbeit und in der Flüchtlingsunterstützung sind männliche Nutzer in der Mehrheit, während sich in der Volkshochschule das Verhältnis umgekehrt darstellt. Interessant ist der Befund, dass immerhin in sieben Einrichtungen der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund mit fast 50 Prozent recht hoch ist.

Im Hinblick auf die eigene Bewertung der *Zielerreichung* und die Bestimmung von *wirkungsorientierten Zielen* ergibt sich folgendes Bild. Bemerkenswert ist, dass 18 von 20 Einrichtungen ihre Zielerreichung eingeschätzt und dokumentiert haben. Immerhin ein Fünftel der Einrichtungen nutzen bereits wirkungsorientierte Ziele. Etwa ein Drittel gibt an, (fast) alle Ziele erreicht zu haben; etwa 30 Prozent haben nach eigener Einschätzung weniger als erwartet ihrer Ziele erreicht.

Herauszustellen sind die umfangreichen *deskriptiven Daten zu den Leistungen* (mit Zielgruppenangabe Handlungsfeldern). Wenn auch zuweilen Angaben fehlen, so ergibt sich doch ein instruktives Bild zu Öffnungszeiten, Nutzende pro Tag, zu Erfolgsfaktoren und *Hindernissen in der Zielerreichung*. Diesbezüglich werden pandemiebedingte Einschränkungen sehr häufig notiert.

Wie bereits bei den Kooperationsmaßnahmen angesprochen, sind einer Quantifizierung aufgrund der Heterogenität der Angebote Grenzen gesetzt, wohl aber erscheint eine feldbezogene bzw. fallbezogene qualitative Analyse aussichtsreich.

Differenziert werden ferner *Lösungsansätze* zur besseren Zielerreichung benannt. Ein deutlicher *Handlungsbedarf* wird insbesondere im Hinblick auf räumliche, finanzielle und personelle Ressourcen sowie auf die Förderung von ‚Inklusion‘ formuliert, ein leichter Handlungsbedarf im Feld von ‚Kooperation und Vernetzung‘ sowie in Bezug auf die Folgen der Pandemie. Nicht unerwartet werden von der Mehrheit der Einrichtungen deutliche „pandemiebedingte Mehrbedarfe“ angeführt, aber auch die Förderung der ‚Integration‘ und das Handlungsfeld ‚Bildung und Erziehung‘ werden genannt. Leichter Handlungsbedarf wird bei der Förderung der ‚Inklusion‘ (immerhin von 50 Prozent der Einrichtungen angegeben) sowie bei der Auslastung und Nachfrage des Angebots. Die Handlungsbedarfe werden je nach Handlungsfeld bzw. Aspekt differenziert dargelegt, ohne dass eine Quantifizierung zum gegenwärtigen Stand zielführend erscheint.

Im Hinblick auf die *Lebenslagen der Teilnehmenden* werden bezüglich der aus der Sicht der Sozialplanung zentrale Handlungsfelder (Partizipation und Vernetzung, Bildung und Erziehung, Arbeitsmarkt und Existenzsicherung sowie Wohnen) besondere Probleme benannt sowie Vorschläge unterbreitet, wie diesen Problemen begegnet werden kann.

Für beide Dokumentationen lassen sich im Ergebnis folgende *Erfolgsfaktoren* bestimmen:

- eine (Vertrauens-)Arbeit mit der Zielgruppe, die individuelle Gegebenheiten berücksichtigt,
- Angebote, die den Austausch und die Möglichkeit voneinander zu lernen, ermöglichen,
- eine angemessene Ressourcenausstattung (z. B. fachkompetentes Personal, Informationen),
- eine gelingende Vernetzung und Kooperation mit weiteren Einrichtungen und
- erfolgreich durchgeführte (Online-)Projekte mit Nutzer*innen.

II.3 Perspektiven

Wie bereits in der Einleitung angesprochen, ist bei der Würdigung der Rückmeldungen und der Datelage zu förderst die Pandemie sowie der Sachverhalt zu berücksichtigen, dass die Arbeit mit Wirkungszielen nicht nur in Saarlouis noch relativ am Anfang steht. Dokumentationssysteme (mit Indikatoren) sind weiter zu entwickeln und die Datenverfügbarkeit bzw. –Zugänglichkeit zu prüfen und ggf. zu erweitern. Nicht zuletzt ist daran zu erinnern, dass die überarbeitete Dokumentation zum ersten Mal in allen Einrichtungen erprobt wurde (*Pilotphase*). Aus der Pilotphase lässt sich lernen. Methodische Fragen bei der Gestaltung der Dokumentationen sind zusammen mit den adressierten Akteuren/Einrichtungen/Maßnahmen zu erörtern. Zu verdeutlichen ist das Entwicklungspotential für das strategische Management. Um bestimmte Handlungsbedarfe noch genauer erfassen und angehen zu können, ist eine Vervollständigung der Dokumentation notwendig (vgl. dazu ausführlicher die Langfassung).

III Handlungsempfehlungen

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Handlungsempfehlungen des Sozialberichts 2019 bereits umgesetzt wurden. Hierzu gehört etwa die Überarbeitung und Überführung der Dokumentationsbögen in ein onlinegestütztes Format und eine für die Bevölkerung übersichtliche und verständliche Übersicht der Beiräte und Beauftragten auf der Internetseite der Kreisstadt Saarlouis zu nennen (www.saarlouis.de/rathaus/stadtpolitik/beirate).

Handlungsempfehlungen auf Basis der Ergebnisse der Sozialberichterstattung

Aus den Ergebnissen des *Monitorings, der Dokumentation* und der *Auswertung weiterer Dokumente* (z. B. Protokolle) lassen sich folgende zentrale Handlungsempfehlungen zusammenfassen (vgl. Abb. 3). Die aus den Sozialraumbesprechungen im Programm „Sozialer Zusammenhalt“ (Roden und Fraulautern) hervorgegangen sind, sind eigens gekennzeichnet. Im Sinne der partizipativen Sozialplanung erscheint es wichtig, bestimmte Handlungsempfehlungen mit den Leistungserbringern und weiteren Professionellen genauer zu besprechen und zu konkretisieren.

Um bestimmte Handlungsbedarfe in der Abbildung 4 noch genauer erfassen und angehen zu können, sind im Sinne einer integrierten Sozialplanung nachfolgende Handlungsempfehlungen notwendig.

Abb. 3: Darstellung der Handlungsempfehlungen

Übergreifende Empfehlungen für alle Handlungsfelder und Querschnittsaufgaben
<p>Angebote für die Bevölkerung zur langfristigen Sicherung von Teilhabechancen</p> <p>Mehre Angebote sind im Internet schwer oder nicht zu finden. Die <i>Öffentlichkeitsarbeit</i> ist noch stärker so zu gestalten, dass Informationen über Angebote für die Bevölkerung (u. a. online auf der Internetseite der Kreisstadt Saarlouis) leicht auffindbar und verständlich aufbereitet sind (z. B. Angebote des Familien- und Sozialpasses, Kooperationsangebote, Wohnungslosigkeit etc.).</p> <p>Der <i>Familien- und Sozialpass</i> ist ein wichtiges sozialpolitisches Instrument der Kreisstadt Saarlouis. Eine stärkere Nutzung des Familien- und Sozialpasses in den Kooperationsmaßnahmen könnte dazu beitragen, dass noch mehr Menschen diese nutzen können.</p> <p>Einzelne Formulierung des Familien- und Sozialpasses geben nicht wieder, welche Bestandteile der (Kooperations-)Angebote im Leistungsspektrum des Familien- und Sozialpass wie vergünstigt sind. Hier empfiehlt sich eine Aktualisierung des Familien- und Sozialpasses mit einer leicht verständlichen Sprache.</p> <p>Digitalisierung und Ausbau von Online-Angeboten (z. B. im Rahmen der Kooperationsmaßnahmen) waren in der Dokumentation geeignet, um (pandemiebedingte) Hindernisse zu überwinden. Der Ausbau der Digitalisierung ist hier empfehlenswert, um hier auch zukünftig in schwierigen Situationen (z. B. Pandemie) den Kontakt zu den Menschen aufrecht erhalten zu können.</p>
<p>Ressourcenausstattung (Personal, Finanzen, Raum, Informationen)</p> <p>Um die Quantität und Qualität der dokumentierten, professionellen (Mehr-)Aufgaben zu ermöglichen (siehe Teil 2 Dokumentation) ist eine ausreichende Ausstattung persönlicher, räumlicher, finanzieller, technischer und informativer Ressourcen notwendig. Hier ist mit den Kooperationsmaßnahmen zu besprechen, welche und wie viele Ressourcen für (Mehr-)Aufgaben notwendig wären.</p>
Partizipation & Vernetzung
<p>Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements</p> <p>Mehrere Kooperationsmaßnahmen benötigen mehr ehrenamtliche Mitarbeiter*innen. Auch zur Umsetzung von Aufgaben, z. B. in den Bereichen Integration und Inklusion, ist eine Förderung des <i>bürgerschaftlichen Engagements</i> notwendig.</p>

Eine leicht verständliche und übersichtliche Darstellung offener ehrenamtlicher Möglichkeiten (auf der Internetseite der Kreisstadt Saarlouis) könnte dazu beitragen den Mangel an Ehrenamtlichen zu begegnen.

Stärkung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens

(Niedrigschwellige und kostengünstige) soziale Treffpunkte (z. B. Cafébetrieb als Begegnungsstätte), auch im Hinblick zur Förderung der Integration oder zur Vermeidung von Einsamkeit

Erkenntnisse aus dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“

Aufwertung, Erweiterung oder Schaffung von sozialen Treffpunkten (Vereinszentrum, Seniorentreff, Jugendzentrum, Café etc.)

Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung

Verstärkte Einbindung von unterschiedlichen Zielgruppen und Angebote für diese (Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung etc.) in die Planung und institutionalisierte Mitwirkungsmöglichkeiten (u. a. Quartierskonferenz)

Beteiligung der Zielgruppe bei zielgruppenbezogener Maßnahmenplanung (z. B. bei der Planung von Jugendzentren)

Einbeziehung von Wohlfahrtsverbänden in die Planung

Vermittelnde Funktion des Quartiersmanagements

Förderung von Sport und Gesundheit

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist eine stetige Weiterentwicklung der Infrastruktur empfehlenswert.

Der Seniorenanteil in der Bevölkerung steigt seit Beginn der Sozialberichterstattung jedes Jahr. Damit notwendig werden vermehrt Angebote und Maßnahmen, um ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu fördern.

Vernetzung, Abstimmung und Kooperationen

Um die Ergebnisse (der Dokumentation) richtig einzuordnen und Fehlinterpretationen der Ergebnisse einzuschränken, empfiehlt sich eine Besprechung der Handlungsbedarfe und Handlungsoptionen mit den Beteiligten und Leistungserbringern. Anschließend können partizipativ Weiterentwicklungsmöglichkeiten für einzelne Maßnahmen besprochen und dokumentiert werden.

Einzelne Angebote sind überlastet, andere hingegen unterausgelastet. Hier ist zu prüfen, in welchen Bereichen Kooperationen zwischen Einrichtungen diese in der Arbeit und Auslastung unterstützen kann. (z. B. gemeinsam genutzte Räumlichkeiten, Erfahrungsaustausch etc.).

Bei mehreren Kooperationsangeboten zeigt sich der Wunsch Kooperationen, Netzwerke und Arbeitskreise wieder zu reaktivieren oder auszubauen. Hier besteht die Möglichkeit, mit den Kooperationsmaßnahmen zu besprechen, welche Kooperationsmöglichkeiten die Angebote unterstützen könnte.

Bildung & Erziehung

Förderung von Angeboten für Kinder und Jugendliche

Der geplante Ausbau der Kapazitäten der Krippen- und Kitaplätze (mit verstärkter Ganztagsbetreuung) ist weiter zu verfolgen

Befragte Jugendliche wünschen sich in Saarlouis mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten. Hier ist zu prüfen, wie die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Jugendlichen gefördert werden können.

In der Dokumentation hat sich gezeigt, dass mehr Angebote für Kinder und Jugendliche, wie z. B. des ehemaligen Kinder- Jugend und Familienhauses notwendig sind.

Vereinstätigkeit und Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendlichen überschneiden sich zeitlich oft. Hier ist zu überprüfen, inwiefern ein besseres Schnittstellenmanagement und eine bessere (zeitliche) Koordination der Angebote es Kindern und Jugendlichen ermöglicht, stärker an bestimmten Tätigkeiten teilzunehmen.

Die identifizierten (pandemiebedingten) Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und Familien in unterschiedlichen Bereichen (Erziehung, Schule, Sprache, Gesundheit, Finanzen, Sucht, Gewalt, Verhaltensauffälligkeiten) sind stärker zahlenmäßig zu erfassen. Anschließend sind daraus resultierenden Mehrbedarfe an (sozialpädagogisch-therapeutischen) Angeboten zu konkretisieren.

Kultur

Aus der Dokumentation geht hervor, dass im Kulturbereich ein (Mehr-)Bedarf museumspädagogischer Honorarkräfte und museumspädagogischer Räume besteht. Dokumentierte Lösungsansätze der befragten Einrichtungen (z. B. Ausbau des Sponsorings oder Katalogverkauf) könnten dazu beitragen, weitere finanzielle Mittel zu generieren, um diese Bedarfe zu decken.

Arbeitsmarkt & Existenzsicherung

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen (wie der Maßnahme „Sozialkaufhaus“ und „Startklar“) sind zur Vermeidung von (Alters-)Armut und Arbeitslosigkeit sinnvoll. Hier wird eine Fortführung solcher Kooperationsmaßnahmen empfohlen. Ob ein (Mehr-)bedarf an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen besteht, ist mit weiteren Institutionen (z. Jobcenter, Kooperationsmaßnahmen), zu konkretisieren.

Angebote für Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten

Für von *Armut betroffene Gruppen* sind weitere (niedrigschwellige) Angebote notwendig. Menschen mit geringen finanziellen Mitteln haben sich in den bisherigen Erhebungen mehr günstige Angebote gewünscht.

Um Menschen mit geringen finanziellen Mitteln unterstützen, könnte hier eine Übersicht aller kostenlosen und günstigen Angebote in der Kreisstadt Saarouis sein nützlich sein (z. B. Tafeln, Sozialkaufhaus, kostenlose Angebot mit dem Familien- und Sozialpass etc.).

Berücksichtigung und Einbindung von Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten bei der Planung von Angeboten

Durchführung von Maßnahmen im Programm „Sozialer Zusammenhalt“

Aufbau eines Bündnisses für Investition und Dienstleistung

Schaffung bzw. Aufbau von Qualifizierungs-, Weiterbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (zur Unterstützung der Aufgaben in diesem Handlungsfeld)

Wohnen und Wohnumgebung

Förderung des bezahlbaren Wohnraums

Bei der bedarfsorientierten Förderung des bezahlbaren Wohnraums sind 1-3-Zimmer-Wohnungen empfehlenswert. Vor dem Hintergrund von sozial gemischten Quartieren sind ferner mehr bezahlbare Wohnungen in Sozialräumen sinnvoll, in denen insgesamt wenig bezahlbarer Wohnraum besteht.

Einzelne Einrichtungen mit Übernachtungsmöglichkeiten (z. B. das Frauenhaus) haben eine sehr hohe Belegungsquote. Hier sind weitere Möglichkeiten zu prüfen, wie man solche Einrichtungen entlasten kann.

Wohnungslosigkeit

Bei wohnungslosen Personen ist aufgrund von weiteren Problemlagen oftmals ein zusätzliches Beratungs- und Betreuungsangebot. Für diese Zielgruppe wäre ein betreuter Wohnraum oder eine soziale Begleitung wichtig.

Weiterentwicklung einer wohnortnahen Infrastruktur (Erkenntnisse aus dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“)

Förderung und Erhaltung des wohnortnahen Einzelhandels

Aufwertung der Kinderspielplätze

Schaffung eines Kommunikationszentrums mit einem diversen Querschnittsangebot für unterschiedliche Zielgruppen

Weiterentwicklung der wohnortnahen, bedarfsorientierten Infrastruktur (hierzu weiterführend das Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Stadt Saarlouis 2016).

Ausgestaltung der Stadtteilzentren (Erkenntnisse aus dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“)

Barrierefreie und verkehrsberuhigte Stadtteilzentren

Multifunktionale Stadtteilzentren, um divergierende Ideen und Vorstellungen der Bevölkerung abzudecken

Niedrigschwellige Angebote wie Cafés

Verbesserung der Verkehrssituation (Erkenntnisse aus dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“)

Verkehrsberuhigung, zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität des Wohnumfeldes und zur Gestaltung der Stadtteilzentren als erlebbare kommunikative Treffpunkte

Reduzierung des Durchgangsverkehrs

Förderung der Infrastruktur für Radfahrende und Fußgänger (z. B. Ruhebänke für ältere und gehbehinderte Menschen)

Konkretisierung des Bedarfs und Konzeptualisierung

Eine Bestandsaufnahme weiterer Angaben könnten in diesem Handlungsfeld für die Planung von Nutzen sein, um den Bedarf zu konkretisieren (z. B. Anzahl der Wohnungen insgesamt, Leerstand, Zahl der Wohnungssuchenden, Zahl der Wohnungslosen).

Es zeigt sich, dass für Wohnungslose zusätzliche Unterstützungsangebote notwendig sind. Hier ist eine Dokumentation empfehlenswert, welche zusätzlichen Angebote, in welcher Anzahl notwendig sind (z. B. betreuter Wohnraum, stationäre Angebote, zusätzliche Beratungs- und Betreuungsangebote).

Inklusion als Querschnittsaufgabe

Barrierefreie, bauliche Gestaltung

Eine *stärkere Einbindung von Menschen mit Behinderung*, z. B. durch eine *barrierefreie Gestaltung* von öffentlichen Gebäuden und (Kooperations-)Angeboten, die noch nicht barrierefrei sind ermöglicht auch hier eine verbesserte Teilhabe. Dokumentiert sind hier z. B. die barrierefreie Gestaltung von Gebäuden, barrierefreie Höranlagen oder die Absenkung von Bordsteinkanten.

Barrierefreie und niedrigschwellige Angebote

Insgesamt erreichen die befragten Einrichtungen Menschen mit (Schwer-)Behinderung weniger. Hier ist mit den Einrichtungen und weiteren (z. B. Landkreis) zu besprechen, inwiefern Menschen mit besser in die Arbeit der Einrichtungen eingebunden werden können.

In der Dokumentation zeigt sich, dass mehr Fachpersonal mit qualifizierten Fachkenntnissen in der Arbeit mit Menschen mit Schwerbehinderung nötig wären, um Menschen mit Behinderung besser in die soziale Arbeit einbinden zu können.

In der Dokumentation wurde die Verwendung einfacher Sprache empfohlen.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zur Umsetzung der Inklusionsaufgaben

Integration als Querschnittsaufgabe (vor dem Hintergrund von Migration und Flucht)

Systematisierung der Handlungsbedarfe und Handlungsoptionen

Eine Vielzahl noch teilweise nicht systematisierter Handlungsbedarfe im Bereich *Integration und Inklusion* machen eine systematische Erfassung von Bedarfen, Angeboten, Integrationsleistungen, notwendigen Ressourcen und Handlungsoptionen in den Bereichen *Integration und Inklusion* ratsam (z. B. Integrationskonzept).

Niedrigschwellige Angebote

Niedrigschwellige Angebote sind äußerst nützlich, um unterschiedliche Zielgruppen gut zu erreichen. Weitere niedrigschwellige Angebote könnten hier noch ausgebaut werden (z. B. Integrationshilfe bei Nachmittagsbetreuung, interkulturelle Angebote für Eltern mit Kindern im Vorschulalter)

Teilhabe an Bildung

Aus den Protokollen der Kinder- und Jugendhilfe geht hervor, dass bei Kindern mit Migrationshintergrund die Übergänge von Kindergarten in die Grundschule für Kinder mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund verbessert werden könnten. Hier wäre eine Dokumentation empfehlenswert, wie eine Verbesserung der Übergänge möglich wäre.

Besondere Problemlagen

Bei Menschen mit Fluchthintergrund in besonderen Problemlagen (Trauer, Vereinsamung, fehlender Familiennachzug etc.) ist eine Überprüfung empfehlenswert, ob ausreichend (sozialpädagogische und therapeutische) Angebote zur Verfügung stehen.

Zugang/ Sprache

Die (soziale) Arbeit wird durch Zugangsprobleme zu Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, u. a. aufgrund von Verständigungsproblemen, erschwert. Hier ist zu konkretisieren, mit welchen Mitteln die Zugangsprobleme abgebaut werden können (Z. Kurse zur sprachlichen Integration, weitere Sprachmittler*innen, Fortbildungen zur Interkulturelle Arbeit, stärkere interkulturelle Öffnung etc.)

Förderung der Mehrsprachigkeit in Einrichtungen und bei Texten innerhalb (städtischer) Einrichtungen

Einzelne Maßnahmen haben weitere Kooperationsmöglichkeiten angeboten, um einzelne Bedarfe durch konkrete Maßnahmen zu decken (z. B. Sprachkurse der Volkshochschule Saarlouis). Weitere Angebote sind zu prüfen.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (zur Umsetzung der Integrationsaufgaben)

Quelle: ForBES

Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der integrierten Sozialplanung

Um bestimmte Handlungsbedarfe noch genauer erfassen und angehen zu können, sind im Sinne einer integrierten Sozialplanung nachfolgende Handlungsempfehlungen notwendig. Zur Implementierung einer systematischen Vorgehensweise ist es möglich, einzelne Aspekte in Pilotprojekten (z. B. in der Jugendarbeit) zu erproben (vgl. Erster Bericht der Sozialplanung).

Abbildung 4: Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der integrierten Sozialplanung

Strategische und wirkungsorientierte Ziele als Fundament der Planung
<p>Orientierung an strategischen, sozialpolitischen Zielen</p> <p>Um noch transparenter nachvollziehen zu können, inwiefern die strategischen, sozialpolitischen Ziele der Kreisstadt Saarlouis (z. B. Ziele zur Förderung der Familienfreundlichkeit) in der Praxis (wirkungsorientiert) umgesetzt werden, ist eine Konkretisierung, Erweiterung und Verknüpfung der sozialpolitischen und wirkungsorientierten Ziele notwendig (vgl. Kurzfassung Sozialbericht 2019 und Methodenbericht 2022)</p> <p>Um noch stärker einschätzen zu können, inwiefern (Kooperations-)Angebote in der Praxis sozialpolitische Ziele (wirkungsorientiert) umsetzen, ist eine Überprüfung und Erweiterung des Entwurfs strategischer, sozialpolitischer Ziele notwendig.</p>
<p>Orientierung an den Wirkungen der (Kooperations-)Maßnahmen</p> <p>Um eine Steuerungsunterstützung durch die Sozialplanung und eine transparente Dokumentation für (politische) Entscheidungsträger zu ermöglichen, ist eine Definition von wirkungsorientierten Zielen empfehlenswert. Die Ziele sollten <i>spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und terminierbar sein</i> und einen Bezug zu den strategischen Zielen haben.</p>
Systematische Erfassung entlang des Steuerungskreislaufes der Sozialplanung
<p>Orientierung am Steuerungskreislauf der Sozialplanung</p> <p>Bei allen Schritten ist eine Umsetzung der integrierten wirkungs- und beteiligungsorientierten Sozialplanung entlang des Steuerungskreislaufes empfehlenswert, um die Handlungsbedarfe systematisch anzugehen (1 Bestandsaufnahme, 2 Strategieentwicklung, 3 Fach- und Sozialplanung, 4 Umsetzung von Leistungen, 5 Evaluation (vgl. Methodenbericht 2022)).</p>
<p>Genauere Erfassung von Handlungsbedarfen und Handlungsoptionen</p> <p>Um eine integrierte Steuerungsunterstützung zu ermöglichen, ist eine systematische, einheitliche EDV-gestützte Dokumentation aller (sozialen) Handlungsbedarfe, Lösungsansätze und weiterer Schritte auf allen Ebenen (Zielgruppe, Kooperationsmaßnahmen etc.) empfehlenswert. Auf Basis einer systematischen Bestandsanalyse und einer wirkungsorientierten Dokumentation können anschließend detailliertere Handlungsoptionen dokumentiert werden.</p> <p>Es ist empfehlenswert, bei vielen dokumentierten Bedarfen zunächst zu konkretisieren, wie viele Personen von welchen Problemen betroffen sind bzw. welches Problem konkret besteht. Anschließend kann überprüft werden, inwiefern der Bedarf durch bestehende Angebote gedeckt werden kann. Sofern weitere Angebote notwendig sind, ist zu besprechen und zu dokumentieren, wie diese Angebote zu gestalten und zu realisieren sind.</p>
Dokumentation
<p>Um die Arbeit der Kooperationsmaßnahmen und Handlungsbedarfe und Handlungsoptionen noch vollständiger dokumentieren zu können, empfiehlt sich eine vollständige Dokumentation. Hierzu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none">- Eine einheitliche und vollständige Erfassung zentraler Angaben (z. B. Ressourcen, Nutzer)- Eine Definition und (trennscharfe) Abgrenzung von wirkungsorientierten Zielen und Leistungen- Um die Zielerreichung jeder Kooperationsmaßnahme besser nachvollziehen zu könnten, sollten für jede Kooperationsmaßnahme ein Kooperationsvertrag mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen vorliegen.

- Einige Einrichtungen haben nicht an der onlinebasierten Dokumentation teilgenommen. Empfohlen wird das Finden von Möglichkeiten, damit alle relevanten Einrichtungen die onlinegestützte Dokumentation ausfüllen können.
- Stärkere sozialraumorientierte Erfassung in der Dokumentation (z. B. Erfassung der Anzahl der Nutzer*innen pro Stadtteil)
- In der Dokumentation wäre eine Erfassung der Nutzung des Familien- und Sozialpasses sinnvoll.

Partizipative Sozialplanung

Um die Ergebnisse (der Dokumentation) richtig einzuordnen und Fehlinterpretationen der Ergebnisse einzuschränken, empfiehlt sich eine Besprechung der Handlungsbedarfe und Handlungsoptionen mit den Beteiligten und Leistungserbringern. Anschließend können partizipativ Weiterentwicklungsmöglichkeiten für einzelne Maßnahmen besprochen und dokumentiert werden.

In der Arbeit mit der Bevölkerung empfiehlt es sich eine Vertiefung und Dokumentierung des Verständnisses, wie die Lebenswelten der Menschen im engen Bezug zu ihren Quartieren und zu ihren Treffpunkten aussehen „und welche Sinnzusammenhänge, Freiräume oder auch Barrieren“ diese dort erkennen (Krisch 2009:162f.). Hier liegt Wissen in der Stadt vor, ist jedoch weitgehend weniger systematisch dokumentiert.

Auch vor dem Hintergrund der (Kinder- und Alters-)Armut und um bei der Angebotsplanung die Interessen unterschiedlicher Zielgruppen berücksichtigen zu können, empfiehlt sich eine stärkere Einbindung unterschiedlicher Zielgruppen (Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten, mit Migrationshintergrund etc.).

Quelle: ForBES